

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau OS., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheinung
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und bei allen Postanstalten 1 Mk. 50 Pfg.

Druck und Verlag von
P. Hunold's Stadtbuchdruckeri, Sohrau OS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:
für die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pf.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 58.

Donnerst. Nr. 49

Sonnabend, den 19. Juli 1919.

Donnerst. Nr. 49

41. Jahrg.

Franzosen gegen den Friedensvertrag.

Paris, 15. Juli. Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat mit 1420 gegen 54 Stimmen bei 501 Stimmenthaltungen abgelehnt, der Ratifizierung des Friedensvertrages zuzustimmen.

Versailles, 15. Juli. Der Nationalrat der sozialistischen Partei beschloß gestern Abend die Debatte über den Friedensvertrag. Albert Thomas bewaurete, daß Deutschland nicht sofort in den Völkerbund aufgenommen worden sei. Der Nationalrat beschloß alsdann, zuerst im allgemeinen abzustimmen und sich schließlich auf eine Tagesordnung festzulegen. Es stimmten deshalb 1420 gegen den Friedensvertrag, 54 für den Friedensvertrag, 114 enthielten sich der Stimmabgabe und 378 weigereten sich, abzustimmen. Alsdann wurde eine Tagesordnung Daniel und Renaudt angenommen, die erklärt, die von den Alliierten begangenen Anschläge auf die Selbständigkeit bedeutender Völkermassen müßten an den Franzosen gestellt werden. Es sei zu bedauern, daß Eltsch-Lotbringen inmitten dieser Verbrechen an Frankreich zurückgekehrt sei. Wie im Jahre 1871 Dölnsch und Bebel gegen die Annexion Eltsch-Lotbringens protestiert hätten, müßte heute die sozialistische Partei gegen das Schicksal, das der Bevölkerung des Saarreviers bereitet werde, protestieren und über das gesamte Friedensinstrument die schärfste Beurteilung aussprechen. Die französische Republik hätte der deutschen Republik einen ehrenvollen und gerechten Frieden geschuldet. Sie hätte ihn nicht gegeben. Aus all diesen Gründen erteile die sozialistische Partei ihren Erwählten den formellen Auftrag, gegen die Ratifikation zu stimmen. Der Vertrag müsse nicht eine Teilrevision, sondern eine völlige Umgestaltung erfahren. Allein die sozialistische Partei könne den Völkerrfrieden herstellen und sei deshalb einzig mit den russischen und ungarischen Revolutionären, deren Sieg über die Forderungen der Entente man begrüße und einzig mit der durch ihre Aktion verhärteten Internationale werde die Partei den revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft aufnehmen. Diese Tagesordnung wurde mit 960 Stimmen angenommen.

Der brutale Rahevertrag.

Paris, 15. Juli. Sembat bespricht in der Zeitung „Le Peuple“ den Beschluß des Nationalrats, gegen den Friedensvertrag zu stimmen. Er sagt, es mache dieser Friedensvertrag ausgezeichnete Verprechungen, die aber widerwärtige Lausachen nicht gut machen könnten. Innerhalb von Jahren müßte dieser falsche provisorische Friede seine natürlichen mörderischen Früchte tragen. Nach Sembat hat die Erklärung der Vertreter aus Eltsch-Lotbringen in der Hauptfrage bewirkt, daß der Nationalrat sich nicht mit der Enthaltung bei der Abstimmung über den Friedensvertrag begnügen wollte. Außerordentlich stark kritisiert Rappaport im „Populaire“ den Friedensvertrag. Die sozialistische Partei Frankreichs lehne mit Abscheu den brutalen Rahevertrag ab, der einem großen Volke eine unauslöschliche moralische Erniedrigung zufüge, indem er es außerhalb der Gemeinschaft zivilisierter Völker stelle und es allein inmitten bewaffneter Völker entwerfe. „Populaire“ verlangt, daß anlässlich der Beratung über den Friedensvertrag in der Kammer die französische auswärtige Politik der letzten 25 Jahre reiflos bloßgelegt werde sowie daß Auskunft darüber verlangt werde, welche Verprechungen Frankreichs Regierende einem Alexander III. oder einem Nikolaus II. gegeben haben.

Nicht Friedens-, sondern Kriegseuropa.

Bern, 15. Juli. Der Nationalrat der so-

zialistischen Partei Frankreichs nahm zu der falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die der Friedensvertrag einschlägt, scharf Stellung. Man hätte die Kriegeslosten und Kriegeslosten zusammenrechnen müssen. Amerika würde eine derartige Lösung begrüßt haben. Jetzt schelten sich Amerika und England mit ungefähr 150 Milliarden zufrieden geben zu wollen. Davon erhalte Frankreich ungefähr 50 Prozent, also etwa 70 bis 80 Milliarden. Die übrigen Nationen seien Frankreich gegenüber zu nichts mehr verpflichtet. Sembat erklärte gleichfalls, die hohe Waise, Deutschland werde alles bezahlen, sei heute in ihrer Unhaltbarkeit offenkundig geworden. Der Friedensvertrag werde nicht ein neues FriedensEuropa, sondern ein Kriegseuropa schaffen. Hierin liege die Gefahr. Die geringste nationalistische Strömung werde genügen, um die Schranken fallen zu lassen. Renaudt protestierte gegen die Beschlagnahme der deutschen Kolonien, die der größte Skandal des Friedensvertrages sei. Unter allgemeinem Beifall erklärte er, Freiheit bringe der Vertrag für Frankreich nicht. Kurz vor dem Schluß der Sitzung ergriff Longuet zu einer langen Rede das Wort. Er führte hauptsächlich aus, man hätte schon vor zwei Jahren Frieden schließen können, als Kaiser Karl seine Vorschläge machte. Man hätte Hunderttausende Menschenleben retten und große Gebiete vor der Verödung bewahren können.

Verzögerung der Ratifizierung durch die Ententestaaten.

Basel, 16. Juli. Eine Havasdepeche vom Dienstag meldet: Die Alliierten beschloßen, die Frist für die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland in den Parlamenten der alliierten und assoziierten Staaten bis zum 1. September zu verlängern. Mit Tage nach der Ratifizierung werden alliierte Truppen diejenigen Gebiete Deutschlands besetzen, in denen Volksabstimmungen über die staatsrechtliche Zugehörigkeit entscheiden sollen.

„Echo de Paris“ meldet: Infolge des Beschlusses des Nationalrates der sozialdemokratischen Partei Frankreichs, gegen den Friedensvertrag zu stimmen, ist die schnelle parlamentarische Durchführung der Ratifizierung ernstlich gefährdet. Es ist die Möglichkeit gegeben, daß die Ratifikation nur dadurch zustande kommt, daß die Regierung nachträglich Konzeptionen zu machen sich bereit erklärt. Immerhin steht die Stellungnahme der sozialistischen Deputierten der Kammer noch aus. Die parlamentarische Lage ist unzweifelhaft über Nacht kritisch geworden.

Die nächste große Probe.

Amsterdam, 15. Juli. „Daily News“ meldet: Douglas Haig hielt in Aberdeen eine Rede, in der er erklärte, jeder heranwachsende junge Engländer müsse im Gebrauch des Gewehres unterwiesen werden, damit, wenn die nächste große Probe komme, wie sie eines Tages sicher komme, England eine Nation in Waffen sei und bereit und vorbereitet, um sich dieser Probe gewachsen zu zeigen.

Der Einzug in Paris.

Amsterdam, 15. Juli. Aus Paris wird dem „Telegraph“ unter dem 14. Juli gemeldet: Um 7 Uhr morgens war es nicht möglich, sich einen Weg durch die Menschenmengen zu bahnen, die sich in den Straßen für den Vorbeimarsch der siegreichen Armee stauten. Am Boulevard des Repariens kündigte ein gewaltiger Jubel die Ankunft des Siegeszuges an. Voran ritt eine Eskadron der Munitzpalgarde. In einer Entfernung von 40 Metern folgten Foch und Joffre. Sie ritten nebeneinander, den Marschallstab in den Händen. Ein unbeschreiblicher Jubel bekräftigte sie. Die Generalskü-

ffen und Joffres folgten den Marschällen. Dann folgte eine ganze Reihe von Abordnungen der Truppen und die Amerikaner unter der Führung Persings, die Engländer unter Haig. Die wärmste Begrüßung wurde Marschall Petain zuteil, der auf einem Schemmel an der Spitze der französischen Armee vorbeiritt. Es folgten dann die übrigen Generale. Die Marine war durch Admiral Vouch vertreten. Das Volk bewarf die einzelnen Abteilungen mit Blumen. Die Truppen begaben sich nach dem Triumphbogen. Ein Zug von 11000 Verblümmelten besetzte am Place de l'Étoile vorüber. Präsident Poincaré begrüßte sie namens des Vaterlandes.

In Frankreichs wettelerischen.

Rotterdam, 17. Juli. Trotz aller Verheimlichungen und Ableugnungen von französischer Seite kann heute mit Bestimmtheit festgestellt werden, daß an vielen Stellen Frankreichs große Soldatenmutilationen im Gange sind. Die Matrosen der Flotte haben den Anfang gemacht. Es handelt sich keineswegs um lokale Vorgänge, sondern um programmatische Folgen der Beschlüsse des Sozialistentages. Durch ganz Frankreich geht der Geist der Auflehnung.

Amerika hofft auf Einigung im Osten.

Haag, 17. Juli. Der Pariser Korrespondent des „New Yorker Herald“ teilt seinem Blatte mit, daß die Regelung für die Volksabstimmung in Oberschlesien Fortschritte macht. Die amerikanischen und die anderen Delegationen hoffen zuversichtlich, daß die Schwierigkeiten zwischen den Deutschen und Polen ausgeglichen werden, so daß die Volksabstimmung ohne Hilfe von Militär wird stattfinden können.

Man glaubt ferner, daß die deutschen und polnischen Soldaten die Gebiete schließlich verlassen werden und daß die Abordnung der Alliierten die Möglichkeit haben wird, nur eine drückende Polizeimacht zu errichten, welche für die flaglose Durchführung der Wahlen Sorge tragen kann.

Sowohl die Amerikaner wie die anderen Vertreter im Obersten Alliierten Rat haben gesagt, daß sie bereit sind, Truppen nach Oberschlesien zu entsenden.

Englischer Milliardenkredit für Deutschland. „Manchester Guardian“ erklärt, daß auch England beabsichtigt, für die deutschen Einfäufe in den nächsten 6 Monaten einen Milliardenkredit zu bewilligen. Das Blatt nennt als Summe 1 bis 2 Milliarden Schilling.

Bei den schweren Friedensbedingungen wird die einzige Rettung für Deutschland in einer starken Auswanderung gesehen. Es werden bereits Vorbereitungen für eine Auswanderung vornehmlich nach Mexiko getroffen.

Eine bisher geschaffene Ueberflut läßt erkennen, daß durch diesen Frieden mindestens 6 Millionen deutscher Arbeiter arbeitslos und brotlos geworden sind. Die Regierung beabsichtigt große Länderen in Mexiko anzukaufen, um den ersten Auswandererstrom dorthin zu lenken. Verhandlungen über den Ankauf dieser Länderen sollen bereits in die Wege geleitet sein. Ob sie zum Ergebnis führen und ob Mexiko die vielen Deutschen aufnehmen will, ist noch unsicher.

Sindenburgs Dank.

Hannover, 17. Juli. Generalfeldmarschall von Sindenburg bittet um Verbreitung folgender Kundgebung: Ich erhalte täglich zahlreiche Briefe und Telegramme. So sehr mich diese Beweise des Vertrauens und glüklichen Gedankens erfreuen, so wenig bin ich doch in der Lage, sie einzeln zu beantworten. Diefherhalb um Entschuldigung bittend, muß ich mich darauf beschränken, hiermit ein für allemal den herzlichsten Dank allgemein auszusprechen. Hannover, 15. Juli. v. Sindenburg.

Das Kaiserpaar erkrankt.

Am 12. d. M., 16. Juli. Die aus Amerongen gemeldet wird, ist der deutsche Kaiser krank. Auch die Kaiserin ist unwohl. Dr. Forster wurde am Montag spät abends ins Schloß gerufen und blieb die Nacht über dort. **Samstag, 16. Juli.** Die englischen Morgenblätter beschäftigen in Telegrammen aus Holland die Erkrankung des deutschen Kaiserpaars. Die Kaiserin soll erkrankt an jenem Weiden darniederliegen, von dem sie schon Mitte vorigen Jahres befallen war und das sie zu langer Erholung in Homburg gezwungen hatte. Der Kaiser sei nervös zusammengebrochen und körperlich ermattet. Der behandelnde Arzt hält das Befinden des Kaiserpaars für nicht ungünstlich.

Kriegserinnerungen

des Generalquartiermeisters von Stein.

„Die Erlebnisse und Betrachtungen aus dem Weltkrieg.“ von dem ehemaligen Generalquartiermeister D. v. Stein sind jetzt erschienen.

„Aus dem Gedächtnis ist niedergeschrieben“, sagt der ehemalige Generalquartiermeister und Regimentärmeister v. Stein, „was ich erlebt und dabei beobachtet habe.“ — Das ist eben, was die Schilderungen so wirksam, so frisch, so wirkungsvoll macht. Es ist eine Reihe von kurzen Aufzügen nicht nur über Heerführer und Kriegserlebnisse aus über den Reichstag, die Regierungen, die Bundesgenossen usw. — Wir lassen kurze Stichproben folgen:

Aus dem Abschnitt Mobilmachung.
Nach meiner Meldung (als Generalquartiermeister) beim Generalobersten von Moltke hatte er mit der Bage lang erklärt. Er sagte, daß sich der Kaiser heftig gegen den Krieg gesträubt habe. Erst nach tüchtigster Begründung habe er schweren Herzens seine Zustimmung gegeben. Es berührt heute so seltsam, wie so bald in der Stimmung des Volkes der Umschwung eintreten konnte. Damals waren alle überzeugt, daß der Kaiser am Kriege schuldlos sei. Woher kommt der Wechsel? Ist es fremder Einfluß oder sind es Mächtschaften im eigenen Volk, oder beide, die ihn veranlaßt haben? Es bleibt bei der alten traurigen Erfahrung, daß nichts unzuverlässiger ist denn Volksstimm; wer auf sie baut, hat auf Sand gebaut.

Aus dem Abschnitt Regierungen:
Als einst nach einer Sitzung über das Wahlrecht einige Minister dem Kanzler noch einmal Bedenken äußerten, entgegnete er im Fortgehen: „So, es ist die Zeit, die Zeit!“ — Ein großer Mann soll sich oder nicht von der Zeit messen lassen, sondern ihr die Richtung geben. Scheidemann hat nach Bethmanns Abgange gelagt, er sei kein Diplomat, aber ein Staatsmann gewesen. Er war beides nicht, auch kein Staatsmann, denn ein Staatsmann darf keine Furcht haben. So erweilte ihn sein Gehalt trotz der vielmehr wegen seiner Nachsichtigkeit. Vadendorff hat mir schon im Herbst 1916 gelagt: „Bethmann bringt nie einen Frieden fertig, er muß fort!“ Das mögen sich die merken, die behaupten, Vadendorff habe aus Egoismus, Ehrgeiz oder Unverschämtheit den Krieg weiter geführt, ohne an den Frieden zu denken. Er ist auf ihn bedacht gewesen von dem Augenblick an, wo er in die einflussreiche Stellung getreten ist.

Aus dem Abschnitt „Bundesgenossen“
Kaiser Karl war ein schwacher Fürst, den man schließlich nicht für ernst nahm. Verhandlungen mit den Feinden gingen hin und her. Selbst in Wien machte man sich über ihn auf offener Straße lustig. Obgleich er zu jeder Entfugung bereit war, wenn er nur Kaiser blieb, hatte er wie die Kaiserin den glühenden Wunsch, die Krone Polens auf seinem Haupte zu sehen. Von einem solchen Verbündeten war nichts zu erwarten.

Unsere Bundesgenossen waren alle schwach und ohne eigene Hilfsmittel. Wir mußten, abgesehen vom Weltmarkt, ihnen das Fehlen liefern. Aus Furcht, sie könnten abfallen, sind wir zu rückwärtschrittlich gegen sie gewesen. Die Entente hat jedes einzelne Volk zusammengehalten und alle zu einem Handeln zusammengeschlossen. Uns ist es nicht gelungen, zu dieser Einheit zu kommen. Schließlich kamen Treulosigkeit und Verrat hinzu, die wir durch Nachgiebigkeit hatten verhindern wollen. Wir haben nicht verstanden, unseren Willen von Anfang an durchzusetzen und klare Verhältnisse zu schaffen. Ein Oesterreicher schrieb an mich: Zum Herrschen gehört Verzicht und Gewalt. Bei uns hat es an beiden gefehlt. In Verzicht hat es bei ihnen nicht gefehlt, aber an der starken Faust Bismarcks.

Der Einzug der polnischen Truppen.

Berlin, 16. Juli. Verschiedene Zeitungen haben die Nachricht gebracht, daß für den 24.

Juli der Einzug polnischer Truppen in Thorn in Aussicht genommen sei. Die Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Die Polen können die Verwaltung der abzutretenden Gebiete erst dann übernehmen, wenn der Friedensvertrag durch drei Entente-mächte ebenfalls ratifiziert worden ist. Damit ist aber in der kurzen Frist bis zum 31. Juli nicht zu rechnen. Die deutsche Regierung erwartet in kurzer Zeit mündliche Verhandlungen mit den Polen.

Das Durcheinander in Italien

ist grenzenlos. Im ganzen Lande herrschen Unruhen. In ganz Italien ist kein Paar Schuhe mehr zu haben. Die Teuerung ist unerträglich. Zusammenstöße mit Truppen forderten Todesopfer.

Die Heilmehr der Madensen-Armee.

Wie v. 14. Juli. Wie die Blätter melden, werden die in Ungarn interniert gewesenen deutschen Soldaten mit Generalstabswartschall von Madensen in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und sich hier einige Tage aufhalten.

Zwei unvermeidliche Kriege?

Yugano, 14. Juli. „Corriere della Sera“ schreibt, daß zwei Kriege unvermeidlich wären. Erstens: einer zwischen den Ungarn und den Jugoslawen und Rumänen, zweitens würde Amerika Mexiko den Krieg erklären, und zwar die Liga der Nationen zustande gekommen sein wird. Dafür habe Wilson Lloyd George gegenüber sein Wort verpfändet. Das Blatt fügt hinzu, daß England richtige finanzielle Interessen in Mexiko habe.

Die Ablieferung der Handelsflotte.

Hamburg, 16. Juli. Nach den Bestimmungen der Waffenstillstandskommission sind bisher von den im Hamburger Hafen liegenden oder in Hamburg bismarckischen Schiffen 103 Dampfer mit einem Gesamttonnage von 1162521 Netto-Tonnen an die Entente zur Ablieferung gekommen. Hierunter entfallen auf die Hamburg-Amerika Linie 31 Dampfer mit 417045 Kubikmetern.

Fuß als Rächer des getöteten Sergeanten. 1 Million Francs Strafe für Berlin.

Berlin, 17. Juli. In Berlin ist die Note Hoch über die Tötung des französischen Sergeanten Planchon eingelaufen, der einem nächtlichen Zusammenstoß in der Berliner Friedrichstraße zum Opfer fiel. Hoch verlangt:

1. Beseitigung des Verichtsverfahrens.
2. eine amtliche Entschuldigung der deutschen Regierung.
3. die Übernahme der Beerdigungskosten durch Deutschland, verneinung einer Entschädigung von 100000 Francs an die Hinterbliebenen Planchons.
4. eine Buße von 1 Million Francs in Gold, die die Stadt Berlin zu zahlen hat.

Darauf zu dringen, daß die Untersuchung sofort energisch aufgenommen wird. Die Entschädigung hat die deutsche Regierung sofort aus Eigenem vorgebracht. Sie hat der spanischen Botschaft die gegenwärtig Frankreich noch amtlich verweigert, ihr Beweiser über den Verfall auszusprechen. Das Gesetz hat der Reichstag in einer Note an Klemens angetan. Auch der Reichstag der Waffenstillstandskommission in Spa hat in Beweiser ausgeschrieben. Die Reichs für die Befreiung Planchons sind sofort bewilligt worden.

Mit den beiden anderen Fragen wird sich das Kabinett noch heute beschäftigen. Die deutsche Antwort soll dann sofort veröffentlicht werden.

Ein Aufruf des polnischen Nationalrats.

Berlin, 15. Juli. Ein Aufruf aus Warschau meldet: Der Nationalrat in Polen veröffentlicht eine Proklamation, deren Hauptinhalt folgender ist: Wir sind alle gleich vor den neuen Aufgaben, die uns der Friedensvertrag zuweist. Polnische und deutsche Bürger sind gleich. Wir erwarten, daß sich die Bürger deutscher Nationalität den historischen Taten treu unterwerfen, denn sie sind von dem Augenblick, wo sie an unserer Seite leben, nicht mehr unsere Feinde, sondern Mitbürger. Man muß ihnen in Erinnerung bringen, daß wir nicht gegen die Deutschen, sondern gegen das preussische System kämpfen, welches uns zerschmettern wollte. Das polnische Volk und die Regierung verfolgen nicht den Weg der Vergeltung und der Rache.

Die Beamten in den Ostmarken.

Thorn, 15. Juli. Auf eine Anfrage an sämtliche Reichs- und Staatsbeamte in der Ostmark, ob sie das abgetretene Gebiet verlassen, in polnische Dienste über-treten wollen, oder eine Bedenken äußern, haben 75 vom Hundert der Beamten, von den höheren Staats-beamten sogar fast 100 vom 100 um Verhinderung in andere preussische Gebiete gebeten und den Verhinderung in polnische Dienste abgelehnt. Fast 2000 höhere Funktionäre der abzutretenden Gebiete verlangen Verhinderung in andere preussische Bezirke, während zur Zeit nur einige Hundert Nichtverhinderung in preussischen Gebieten frei sind.

Die große Vermögensgabe.

Man mag gegen Erbgeber, als den neuen Reichs-finananzminister sagen, was man will, das Eine muß man ihm lassen: Er geht mit Feuerkraft an die Verwirklichung des Steuerprogramms, dessen Hauptteil das Reichs-notopfer, die große Vermögensgabe bildet. Nach der Ansicht des Reichsfinanzministers ist gerade diese besonders geeignet, uns wenigstens von der drückendsten Schuldenlast zu befreien oder am mindesten diese Schuldenlast so zu gestalten, daß ihr Gesamtumfang in den Rahmen des Wohlstandes gerückt wird. Als Bedenken, daß dieser gewalt-same Eingriff in das Privatkapital Schädigungen der Volkswirtschaft im Gefolge haben könnte, sollen nicht blut-gehalten werden. Es wird behauptet, man dürfe die Sinne nicht schlachten, wenn sie goldene Eier legen soll. Nun ist das Kapital aber an sich nicht die Eier legende Henne, erst durch die Verbindung mit der Arbeit wird es dazu. Es muß klar gestellt werden, daß durch die große

Vermögensgabe weder Werte vernichtet, noch Wäskinen gerührt, noch Äcker brach liegen bleiben. Es geschieht nicht weiter, als eine Verdrängung des in Geld ausgedrückten Kapitals. Wichtig ist, daß die nationale Arbeitskraft durch übermäßige Steuern nicht lahmgelegt wird, dann aber auch, aber auch nur dann, würde die Henne weniger goldene Eier legen. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß das Kapital vom Staate selbst nicht vernichtet wird, daß es vielmehr seinen Kreislauf in irgend einer Weise weiter in die Volkswirtschaft antreibt. Werdens Ertragskraft: ein r Vermögensgabe zur Schuld-minderung braucht. So wird die Volkswirtschaft um den größten Teil an Junkturschwankungen entlastet. Das aber ist in der Gegenwart das dringendste Problem, daß die Volkswirtschaft von den ungeheuren Junkturschwankungen, die sie während der letzten Kriegsjahre zu tragen hat, bis zu einem gewissen Grade befreit werden muß. Es soll offen ausgesprochen werden, daß durch die Kapitalver-schiebungen Erschütterungen entstehen können, doch ist nicht anzunehmen, daß die Erschütterungen beratend leben werden, daß sie durch solche Umverteilungen zu Fall bringen könnten. Durch eine Verteilung auf Jahre hinaus — die Vermögensgabe ist als Rente zu zahlen — wird die Gesamtlast zeitlich im geringeren Maße belastet: für finanzreiche Familien sind Rentenprivilegien vorzuziehen. Aber auch die sozialen Maßnahmen, die für die Steuer-erleichterung sind, spielen bei der großen Vermögensgabe mit. Wie auch der Streit für oder wider die Abgabe geführt werden muß, der eine Hauptbaustein muß bestehen bleiben: Wir haben eine solche Maßnahme nötig, um aus der Schuldenlast dieses Krieges überhaupt herauszu-kommen.

Votales u. Provinzielles.

Coblenz O.-S., den 18. Juli 1919.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 17. Juli. Regierungskreise ver-sichern, daß die Vorbereitungen der Allierten-Kommission für die Volksabstimmung in Ober-schlesien erfolgreich bewältigt sind, einen raschen und friedlichen Verlauf der Abstimmung zu sichern. Die geplanten Ausweitungsbestimmungen werden für beide Parteien aufgegeben. Nur die Militärpersonen und offizianten Agitatoren werden befreit. Für den Fall von Unruhen werden ausreichende Entente-truppen im Abstimmungsgebiet untergebracht. Seitens der Allierten Kommission werden unparteiische örtliche Ausschüsse gebildet, vor deren Zustimmung die Wünsche der Deutschen und der Polen gehört werden.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ führt aus, daß nach der Abstimmung über die Abstimmung in Oberschlesien die deutsche Bevölkerung im we-sentlichen auf sich gestellt sein wird. Dessen ungeachtet muss erwartet werden, daß das Ab-stimmungsergebnis für Deutschland günstig ausfällt, denn nicht nur die deutsche, sondern auch ein großer Teil der polnischen Bevölkerung dürfte zugunsten, zu sagen, daß ihr Wohlstand und Wohlergehen in Deutschland sicherer aufgehoben ist, als in Polen. Dem auswärtsigen Amt geben mannsgeht aus den Offiziellen Zuschriften zu, die die tief ver-zweifelte Erregung der deutschen Bevölkerung bindet. Die in polnischen Randgebieten gedruckten Wünsche bleiben unerfüllt.

Die Besetzung Oberschlesiens hinausgeschoben.

Rotterdam, 18. Juli. Nach Informa-tionen an zukünftiger Stelle erleidet die Be-setzung der Abstimmungs-Gebiete Deutschlands einen Aufschub. Die Besetzung soll erst nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch sämtliche Staaten erfolgen. An eine Besetzung Oberschlesiens ist also vor dem 1. September nicht zu denken.

Abstimmung erst im nächsten Frühjahr?

Die „Voss Ztg.“ meldet: Nach den Absichten der Entente soll die Volksabstimmung in Ober-schlesien erst frühestens im nächsten Frühjahr stattfinden. Es besteht die Gefahr, daß die Bevölkerung in dieser Zeit von der Verwaltung der sogenannten unabhängigen Kommission mit Hilfe der fremden Truppen stark beeinflusst werden könnte und die Abstimmung ein schiefes Bild ergeben könnte. Die Reichsregierung will deshalb beantragen, die Abstimmung sofort vorzunehmen zu lassen.

Während der Abstimmungszeit.

Wie gemeldet wird, hat das Kriegsmini-sterium eine Verfügung erlassen, wonach die militärischen Verwaltungsbehörden, die Bezirks-kommandos usw., in den Abstimmungsgebieten auch nach der militärischen Räumung zurück-zubleiben sollen. Außerdem sollen Dienstange-hörige zur Ausübung des Stimmrechtes beurlaubt werden. Demnach ist anzunehmen, daß zahlreiche Familien, die bisher Oberschlesien zu verlassen wünschten, diese ihre Absicht aufgeben werden.

§ (Der Freiw. Feuerlösch- und Ret-tungs-Verein) feiert am Sonntag den 20. d. M. im Schützenhause sein Sommerfest, bestehend aus Konzert, Volksbelustigungen und Tanzkränzen. (S. Anz.) Der Schützen-garten bietet einen schönen angenehmen Auf-enthalt und dürfte der Besuch des Festes, falls das Wetter günstig ist, ein zahlreicher sein.

§ (Wegwechsel.) Das auf der Breitenstraße gelegene, der verw. Frau Pechka gehörige Hausgrundstück hat Herr Kaufmann Anton Bamert für 18 000 M. erworben.

§ (Die Wohnungsnot) auch in unserer Stadt nimmt immer größere Formen an. Neubauten werden hier infolge des Mangels und der enormen Verteuerung des Baumaterials und der Arbeitskräfte fast gänzlich angehalten, so daß mit einer Besserung in der Wohnungsfrage für absehbare Zeit nicht zu rechnen ist. Anderwärts sieht es hierzu auch nicht besser, ja einzelne Kommunen haben Vermügungen erlassen, wonach der Zugang verhindert werden soll.

§ (Der Ortsverein Sohrau der Kriegsgefangenen) war auf dem Kreisdelegiertentage in Rybnik am 13. d. M. durch 2 Herren vertreten. Der Kreisverband als solcher wurde auf Antrag des Vorsitzenden, Redakteur Leonhardt (dem der Delegiertentag für seine Mithewaltung um die Verbandsgeschäfte besondere Anerkennung sollte), angesichts der Härte der Friedensbedingungen aufgelöst. Aus der Mitte der Verammlung wurde eine Anregung gegeben, die sofort Widerhall fand: das begonnene Werk der ungenügenden Viehhaltung fortzusetzen durch Neuschaffung einer Institution auf vollkommen neutralem Boden. Das führte zu dem Beschluß, eine Kameradschaftliche Wohlfahrtsgesellschaft auf Gegenseitigkeit zu gründen und ihr das Vermögen des aufgelösten Verbandes zu überweisen. Vornehmlich erstreckt sich das Zielwerk — das um Auskünfte und Stellenvermittlung bereichert wird — auf Kriegsteilnehmer und Beschädigte, auf Krügerwitwen und Waisen sowie Kriegsgefangene. Mitglieder kann jeder Mann oder jede Frau werden, deuten es mit den Befreiungen der Vereinigung erst ist. — Auf Antrag verschiedener Ortsvertreter wurde der Vorsitz dem Redakteur Leonhardt übertragen, der eine Kommission berief, mit der zusammen die ersten Schritte im Dienst der Nächstenliebe auf ungenügendem neutralem Boden unternommen werden sollen. Da für die Gefangenen solche Hilfe not tut, ist für den 26. und 27. Juli eine Kreisversammlung des Verbandes zu Gunsten der Kriegsgefangenen in Rybnik geplant mit nachfolgendem Programm: Sonnabend nachmittags Blumenverkauf, abends Konzert. Sonntag früh Gedächtnisfeier für die gefallenen Soldaten, vormittags Promenadenkonzert, nachmittags Volksbelustigungen, Konzert, Preisfesten pp., Festeisen, Mitwirkung von Gesangsvereinen, abends Ball in 2 Sälen.

*** (Kriegsgefangenenheimkehr.)** Die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen hat begonnen. Militärische und bürgerliche Behörden rüsten sich zu ihrem Empfang. Nach kürzerem Aufenthalt in den Durchgangslagern sollen die Rückkehrer in die Heimat entlassen werden. Hier wartet ihrer die „Kriegsgefangenenheimkehr“ eine Vereinerung, der sich alle Organisationen angeschlossen haben, die schon bisher die Fürsorge für unsere gefangenen Brüder übernommen haben. Die „Kriegsgefangenenheimkehr Breslau“ hat ihre Tätigkeit bereits aufgenommen. (Comitéschäftsstelle: Kaiser-Wilhelmstraße 5/7 I.). Der geschäftsführende Vorstand hat in 6 besonderen Abteilungen und Geschäftsstellen die geplante Fürsorge geregelt (Empfang und Verpflegung auf den Bahnhöfen, Verteilung von Lebensmitteln, Auskunftsstellung, Unterhaltung, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Verbergerung, Kleidung, Unterhaltung, Gesundheit, Ausfalls- und Wäberfürsorge). Die Auskunftsstelle beschäftigt sich in der Parkstraße des Hauptbahnhofes. Aus Veranlassung des für die Proving Schießen gebildeten besonderen Arbeiterausschusses (Vater: Regierungsrat von Stutterheim — Oberpräsidentium und Regierungsrat Dr. Bergemann, Marktstraße 13) sind in den Durchgangslagern Oppo, Ohlau, Reife und in größeren Städten Sagan, Görlitz, Glog, Liegnitz Empfangsausschüsse und Fürsorgeeinrichtungen wie in Breslau geschaffen worden. Auch auf den anderen Stationen ist für die durchfahrenden oder ankommenden Kriegsgefangenen für Verpflegung und somit inwärtlich fälligen Empfang Sorge getragen worden. Es steht zu erwarten, daß auch die kleinen Gemeinden den Rückkehrern einen solchen Empfang bereiten und dazu beitragen werden, sie wieder ihrem Beruf zurückzuführen. Auskünfte über die nach den militärischen Richtlinien zu treffenden Einrichtungen erteilen die Älteren des Arbeitsausschusses für Schießen.

*** (Denkmal an die heimkehrenden Kriegsgefangenen)** „Selbst des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“ ergeht an alle Handels- und Gewerbetreibenden aller Industrieen die Bitte, rechtzeitig Stellen für die heimkehrenden Kriegsgefangenen frei zu machen. Es sind immer noch in vielen Betrieben zahlreiche Hilfskräfte beschäftigt, welche auf den Verbleib nicht so angewiesen sind wie die schwer

geschädigten Kriegsgefangenen, und die den letzteren Platz machen müssen. Jeder Betriebsleiter muß rechtzeitig daran denken, um zu verhindern, daß Quäberratsende noch den schwersten körperlichen und seelischen Qualen zurückkehrende Volksgenossen, in bezug auf Arbeitsmöglichkeit bitter enttäuscht, unrettbar dem Kommunismus verfallen.

*** (Das Ende der Kriegsgesellschaften.)** Die Reichsstelle für Gemüts- und Obft und sämtliche angeschlossenen Kriegsgesellschaften, insbesondere die Kriegsgesellschaft für Obstkonerven und Marmelade gehen in Liquidation, da Obft und Gemüts nicht mehr bewirtschaftet werden. Hiermit beschwinden einige der am stärksten angeschickerten Kriegsgesellschaften, deren Maßnahmen öfter Anlaß zu Klagen gaben. Auch die anderen, noch nicht in Liquidation befindlichen Kriegsgesellschaften werden, wie die „P. B. N.“ hören, in den nächsten Tagen den Liquidationsbeschluß fassen. — Als eine Folge der Zusammenlegung des Geschäftsbereichs mit dem Wirtschaftsausschuss soll der diktorische Wirtschaftsausschuss demnach aufgelöst werden.

*** (Notstandsverfugung für Oberschlesien.)** In Ansehung der Notlage des Regierungsbezirks Oppo hat die Reichsregierungsstelle sich entschlossen, eine Notstandsverfugung mit Kleidung und Wäsche einzuleiten. Es sind allen Kommunalverbänden des Regierungsbezirks beträchtliche Mengen von Kleidungsstücken, Wäsche aller Art, fertige Männer- und Frauenkleidung, Modestricber, Bill- und Unterwäsche, Strümpfe und Schwämmen in großer Menge zugewiesen worden, welche gegenwärtig in einem Lager in Breslau angesammelt und voraussichtlich in der nächsten Woche den Kommunalverbänden zugeführt werden können. Es ist Vorsorge getroffen worden, daß die Preise so billig wie möglich gehalten werden. Insofern werden sie beträchtlich billiger sein, als die Preise der bisher der Bevölkerung zugewiesenen oder gar der im freien Handel befindlichen Waren. Für die Durchführung der Aktion hat sich besonders die ober-schlesische Interessentenvereinerung in Benthau und der wirtschaftliche Verband der Stadt- und Landkreise des Regierungsbezirks Oppo eingesetzt.

*** (Die Ernteaussichten in Schlesien.)** Wie berichtet wird, können die Ernteaussichten in Schlesien im allgemeinen als günstig bezeichnet werden. Roggen und Weizen weisen durchschnittlich einen befriedigenden Ertrag auf, und namentlich der Roggen erfreut vielfach durch das gute Aussehen seiner reichlichen Körnererträge vorübergehenden kräftigen Jahren. Wo nicht der Mäusfraß im Frühjahr gar zu große Schäden angerichtet hat, kann mit einer guten Mittelernte in Roggen und Weizen gerechnet werden. Über den Ertrag des Haferes lauten die Berichte aus der Provinz verhalten. Zum Teil wird aber sehr starkes Verloren in den Hofscheibern sowie über hier und da zurückgebliebene Entwürfungen geflagt, während andere Bezirke sich über die Besserungen der letzten Zeit beklagt aussprechen. In bezug auf die Getreide im Durchschnitt weniger günstige Berichte vor, das Wachstum wird vielfach als zurückgeblieben, die Körnerbildung als nicht recht befriedigend bezeichnet. Alles in allem genommen kann jedoch gesagt werden, daß, wenn nicht ungünstige Witterungsverhältnisse die Hoffnungen zunichte machen, die Mäuser des schlesischen Landvolks durch die befriedigende Ernte ihren Lohn finden dürften.

*** (Volkszählung am 8. Oktober.)** Der Wirtschaftsausschuss der Nationalversammlung stimmte dem Entwurf einer Ordnung für die Vornahme einer Volkszählung am 8. Oktober 1919 zu. Der Ausschuss ersuchte die Regierung, auch die Altersklassen bei der Zählung zu berücksichtigen.

*** (Der große Beamtenschub.)** Vom „Vormärz“ stammte der Staatsauschuss in Weimar einem Gesetz entwurf zu, wonach diejenigen Beamten, die mit der gegenwärtigen Regierung nicht überhanden sind, auf ihren Antrag sofort den Abschied mit Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst gestanden haben.

*** (Die Erhöhung der Protration.)** Von zuständiger Stelle wird aus Berlin mitgeteilt: Die durch die Presse georgene Meldung, daß vom 1. Oktober an eine Erhöhung der Protration eintreten werde, ist in dieser Form nicht zutreffend. In den Verhandlungen des 28. Ausschusses in Weimar konnten bestimmte Zusagen in dieser Hinsicht noch nicht gegeben werden. Die Möglichkeit, frühestens vom Oktober ab mehr Brot zur Verteilung zu bringen, hängt sowohl vom Ausfall, Erfassung und Ausbreitungsmöglichkeit der Getreide, als vor allem auch von der Gestaltung der Getreidezufuhr ab, Faktoren, die durch zahlreiche Umstände, wie vor allem die Gestaltung unserer Valuta, die Kohlenförderung usw. beeinflusst werden. Nicht zuletzt wäre die Wirkung von Landarbeiter-

streiks geeignet, die Hoffnung auf Erhöhung der Protration zu vernichten.

*** (Ein allgemeiner Landarbeiterstreik?)** Wie der Weimarer Berichterstatter des „Abend“ meldet, arbeiten die Hege darauf hin, zum 4. August einen allgemeinen Landarbeiterstreik in Deutschland herbeizuführen. (Das schlie gerade noch. D. Red.)

*** (Verhängnisvolle Wagenfahrt eines neuverwählten Bauers.)** Der Gut- und Sägewerksbesitzer, Deputat v. N. Frey Schander in Rathdorf bei Silberberg, Sohn der Herrwittwe Schander in Rathdorf, hat vor kurzer Zeit die Tochter des bekannten Zigarettenfabrikanten Gaspars in Breslau geheiratet. Vier Monate nach dieser Tage ist seine Mutter mit ihrer Schwägerin und ihrer Tochter. Das junge Paar unternahm mit den drei Damen eine Spazierfahrt. Unterwegs schenkte die Pferde und gingen durch. Alle Insassen fürzten aus dem Wagen. Der junge Gemanau wurde tödlich verletzt und starb bald darauf, die Ehefrau brach ein Bein und auch die anderen Damen erlitten schwere Verletzungen.

*** (Ein Schwerverbrecher erschossen.)** Am Dienstag ist der Schwerverbrecher Pfaffen aus Lauterbach, der zwei Morde und verschiedene Einbrüche, die er mit seinen Komplizen verübt, auf dem Gewissen hat, in Gleschwald von einem Rotenbörster erschossen worden. Er wurde mit drei seiner Komplizen im Walde schlafend aufgefunden. Während die letzteren entwischt werden konnten, gelang es dem Pfaffen, der den Rotenbörster im Arm trug, nicht. Pfaffen legte sich zur Wehr, worauf der Förster von seiner Waffe Gebrauch machte und den Verbrecher durch eine Kugel niederstreckte. Die anderen Verbrecher konnten festgenommen werden und wurden dem Gerichtsfängnis zugeführt.

Rybnik, 16. Juli. Der „Oberst. Tag.“ berichtet: Ein sonderbares Erlebnis hatten zwei Beamte einer hiesigen Bank. Mit 250 000 M. Geld waren sie nach Sohrau gefahren, um dort das Geld auf eine Hypothek anzuzahlen. Das Geschäft schickerte im letzten Moment und die Herren fuhrten mit dem Geld nach Rybnik zurück. In der Höhe hielt sie eine Patrouille an, die sie fragte, was sie in den Koffern hätten. „Geld“ war die Antwort. Man revidierte und haunt! Das sind Geldbiller, meinte der eine Soldat. Obgleich die Beamten alle Papiere vorwiesen, daß sie in einer Hypothekensache in Sohrau gewesen seien, wurden sie unter Bewachung nicht in den Rybniker, sondern in den Rattowitzer Zug geleitet und nach der Rattowitzer Wache geschafft. Dieser erklärte nach Einsicht in die Papiere die Sache als ganz in Ordnung und ließ die Festgenommenen gehen. Man hatte ihnen aber die Dragscher Wache die Fahrkarten abgenommen und die Beamten hatten zu ihrem ganzen VV noch das Vergessen, sich in Rattowitz neue Fahrkarten kaufen zu können.

Rattowitz, 15. Juli. Ueber den Ueberfall auf das Pfarrhaus in Brants, bei dem Fürstbischoflicher Kommissarius Nathan verwundet wurde, meldet die „Neue Oberst. Volksztg.“: Sonnabend nacht 1 Uhr staltete ein Einbrecherbande dem katholischen Pfarrhause in Brants, mit allen Notwendigkeiten versehen, wieder einen Besuch ab. Die Einbrecher drangen durch drei verlossene Türen durch, drückten die Tür zur Pfarrkanzlei, in welcher der Privatsekretär Franz Witzel saß, ein und hielten ihm die Revolver und Blendpatronen entgegen. Er hatten es offensichtlich auf die dort befindlichen Kassen abgesehen. Auf die Hilferufe Witzels kam Fürstbischoflicher Kommissarius J. Nathan herbei, wodurch die Einbrecher fluchtartig sich zurückzogen, aber auf der Flucht noch acht Schüsse auf den Kommissarius abfeuerten. Dieser wurde Kommissarius Nathan von einer Kugel getroffen, jedoch nicht tödlich verwundet bei der Verwundung keine Komplikationen zu erwarten. Bei dem Einbruch nahm die Bande ein Fahrkart mit. Dem Gemeindevorsteher in Brants sind von Privatpersonen 3000 Mark als Belohnung für die Ermittlung der Banditen zur Verfügung gestellt worden.

Ev. Gemeinde Sohrau OS.
Sonntag den 20. Juli, vormittags 10 Uhr:
Polnischer Gottesdienst.

Ausgekämmtes Frauenhaar
kauft zu höchsten Preisen.
Baararbeiten
werden sorgfältig und schnell ausgeführt.
Josef Michalik,
Friseur, Ring.
Geld gegen monatliche Rückzahlung
berelbst
H. Calderarow, Gumburg 51

Stadtdamts-Nachrichten von Sohrau.

Sterbefälle.
Am 15. Juli die verehelichte Lucie Koch, geb. May, 26 Jahre alt; am 17. der Pflanzling Theodor Jablonski, ohne Beruf, 49 Jahre alt.

Bekanntmachung.

Sonnabend den 19. Juli vormittags gelangt in allen hiesigen Fleischverkaufsstellen pro Kopf 90 gr amerikanischer Speck zum Preise von 4,50 M. pro Pfund zur Verteilung. Wir weisen strengstens darauf hin, daß die zur Verteilung gelangende Speckmenge nur für die hiesige Stadtbevölkerung bestimmt ist. Sohrau OS, den 18. Juli 1919.

Der Lebensmittel-Ausschuß.

Bekanntmachung.

Die Einfuhr-Zulasskarten (für amerikanischen Speck, Schmalz und Mehl) sind zwecks Abstempelung am Montag den 21. Juli cr. in der hiesigen Polizeiwache (Sekensmittelfarten-Ausgabe) abzugeben. Die Karten können nach erfolgter Abstempelung sofort wieder in Empfang genommen werden.

Sohrau OS, den 18. Juli 1919.

Der Lebensmittel-Ausschuß.

Zwangs-Versteigerung.

Dienstag, den 22. Juli 1919, vormittags 10 Uhr werde ich in Sohrau OS. im Schindlerischen Gasthause — anderweit gepfändet — 1 Piano, 1 Vertikow und 1 Gaus öffentlich meistbietend gegen Barzahlung veräußern.

Sohrau OS., den 18. Juli 1919.

Müller, Gerichtsvollzieher.

Erklärung

betreffend Tanzkurse in Sohrau OS. Ende April wurde hier ein Tanzkursus eröffnet, der bis heute noch fortbesteht. Derselbe war anfangs sehr zahlreich besucht, doch nahm die Zahl der Schüler ständig ab, weil der Tanzkursus im allgemeinen viel zu wünschen übrig läßt. Trotzdem der Kursus schon ein Vierteljahr andauert, merkt man von dem Fortschritt der Schüler im Tanzen (namentlich bei angeführten Tänzen) sehr wenig. Wie gewöhnlich gehört zum Tanzkursus auch die Anstandslehre. Doch leider merkt man hierüber bis jetzt nicht das geringste. Auffallend sind die häufigen Vergnügungen, welche vom Herrn Tanzmeister mit Vorliebe veranstaltet werden. So z. B. zahlten die Schüler beim letzten Vergnügen 5 M. Eintritt, was wohl die Höhe ist. Jedenfalls hat sich ein jeder Teilnehmer den Tanz- und Anstandskursus anders vorgestellt, als er hierorts abgehalten wird. Es soll uns dies eine Warnung für später sein.

Mehrere Teilnehmer.

Großes Lager in 585 und 333 gef.

goldenen Trauringen.

Engelmann, Klyhacrowka.

Gut erhaltene Kinderschuh

für das Alter von etwa 10 Jahren abzugeben. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Chronik der Stadt Sohrau

aus unserer Geschäftsstelle vor längerer Zeit geliehen hat, wird gebeten, uns dieselbe baldigst wieder zuzustellen.

Redaktion des Stadtblattes.

Ein Bäckerlehrling

kann unter günstigen Bedingungen sofort eintreten bei

Alfons Zabka, Bäckermeister, Gleiwitz.



Ein wenig gebrauchter Landauer

steht zum Verkauf.

Karl Zellner, Wagenbauer.

Maurer, Zimmerleute und Arbeiter

stellt ein

Fritz Schian, Maurermeister.

Damen und Herren

die Heirat od. Eingehat suchen, find. sof. posf. Partie. Adressen erbeten.

B. Grünwald, Görlitz, Cobbinstr. 18

Freiwilliger Feuerlösch- und Rettungsverein.

Sonntag, den 20. Juli 1919:

≡ Sommerfest. ≡

Vormittags 11 1/2 Uhr Ringkonzert.

Nachmittags 2 3/4 Uhr: Antreten der Mitglieder am Strohmarkt,

Ausmarsch nach dem Schiesshause;

☐☐ daselbst nachmittags 4 Uhr: ☐☐

≡ Konzert. ≡

Volk-belustigungen, bestehend aus Preis-

☐☐ kegeln, Preisschiessen etc. ☐☐

Abends 8 Uhr: Tanzkränzchen.

Eintrittspreis zum Konzert 1 Mk. Kinder unter 14 Jahren haben freien Eintritt. Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Kurhaus Bad Jastrzemb

empfehlenswert für den Sonntagsausflügler.

GUTE KÜCHE.

EIGENE KONDITIONEN.

Jeden Mittwoch und Sonntag Konzert

ausgeführt unter Leitung des Kapellmeisters Waldemar Konrad.

Sämtliche Dacharbeiten

in Pappe, Flachwerk und Schiefer

sowie auch Klempnerarbeiten

werden sachgemäß und preiswert ausgeführt durch

Paul Kunz & Co.

Beuthen O.-S.

Die Verlobung mit Herrn Kaufmann Rudolf Gornik aus Königshütte erkläre ich hiermit als gelöst.

Clara Czogalla

Hindenburg O.-S.

Großer Posten

garantiert reiner Rauchtobak

Für Wiederverkäufer Cigaretten [reiner Tabak]

empfehlenswert A. Adamek, Sohrau O.-S., vis-à-vis Post.

20 Morgen Alee

verpachtet meistbietend Sonntag, den 20. Juli, nachm. 3 Uhr Domäne Brodek.

Suche für dauernd

eine Frau

für Garten- und Feldarbeit für meine in Sohrau OS. Pfefferstr. 272 gelegene Wirtschaft.

A. Wociassek, Beuthen O.-S.

Sommerproffen

braune fleckige Haut, Leberflecke verschwinden wie abgewaschen, auch Pickel, Mitesser. Anstrich frei, nur Rückenmarke erwünscht.

Hugo Heinemann,

Hornspannen bei Diersleben.

Verein der Kriegsverletzten und Kriegsteilnehmer Sohrau O.-S. und Umgegend.

Sonnabend, den 19. Juli 1919, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

in Schiffsans Restaurant.

Wichtige Tagesordnung. Mit Rücksicht darauf wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht.

Der Vorstand.

Radfahrerverein Sohrau.

Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Sitzung

im Vereinslokal (Schindler.)

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Der Vorstand.

Evang. Frauen- und Jungfrauen-Verein.

Sonntag, den 20. Juli:

Ausflug nach Bad Jastrzemb.

Abfahrt 3 Uhr nachm. mit der Bahn. Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.



Sohrau O.-S. Schiffsans Saal.

Sonnabend, den 19. Juli:

Tanzkränzchen.

Anfang 7 Uhr.

Es ladet ergebenst ein

Das Comité.

Mehrere kräftige

Arbeitsburschen

stellt ein

Deutsche Luftfilter-Bauges.

m. b. H. Sohrau O.-S.